

# PUBLIZISTISCHE KRIEGSVORBEREITUNG

*Eckart Spoo*

*Kriegspropaganda hat die Aufgabe, meint der Autor, uns an die Vorstellung zu gewöhnen, das jedes Mittel, das wir gegen das Böse anwenden, ein Gutes ist. Probate Mittel dazu sind Greuelgeschichten und ein hetzerisches Vokabular, mit der die andere Seite verteufelt wird. Anhand vieler, zum Teil verblüffender, Beispiele wird die publizistische Vorbereitung des Irakkrieges umfassend illustriert und analysiert.*

Eckart Spoo, Jahrgang 1936, Journalist. Über 35 Jahre Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, jetzt verantwortlicher Herausgeber von „Ossietzky“, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft. In den 1960er bis 1980er Jahren verschiedene ehrenamtliche gewerkschaftliche Funktion, u. a. 16 Jahre Präsident der Adolph-Freiherr-von-Knigge-Gesellschaft.

Herausgeber zahlreicher Bücher, darunter „Die Tabus der bundesdeutschen Presse“, „Anspruch auf Wahrheit“ (mit Bernt Engelmann), „Unser Faschismus nebenan – Erfahrungen bei NATO – Partnern (mit Günter Wallraff), „Die Amerikaner in der Bundesrepublik“, „Demokratie – wo und wie?“ (mit Rainer Butenschön), „Geld ist genug da – Reichtum in Deutschland“ (mit Herbert Schui); „Töten – Plündern – Herrschen“ (mit Rainer Butenschön), „Wie weiter? – Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik“.

Eckart Spoo's Beitrag zum vorliegenden Buch geht teilweise auf Beiträge zurück, die er für Ossietzky geschrieben hat.



**A**ls es von allen Seiten tönte, der Krieg gegen Irak sei beschlossene Sache und werde unausweichlich kommen, ganz gleich wie sich die Iraker, die benachbarten Araber, die Europäer oder die UN dazu stellen, beschloss die Redaktion »Kultur und Gesellschaft« des Westdeutschen Rundfunks (WDR), des größten Senders im Verbund der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD), ein Fernsichteam nach Irak zu schicken. »Dem Feind ein Gesicht geben« war der Auftrag, mit dem die Journalistin Ingelis Gnutzmann und ein Kameramann kurz vor Weihnachten 2002 auf die Reise geschickt wurden. Aber sie kamen nur bis Amman. In der jordanischen Hauptstadt erhielten sie die Nachricht, dass sie nicht in den Irak einreisen durften. Sie hatten sich dort elf Tage umsehen, Menschen verschiedener Schichten nach ihren Gedanken und Empfindungen befragen, die schwierigen Lebensverhältnisse in dem von jahrelangem Embargo gepeinigten, von Krieg bedrohten Land dokumentieren und speziell einige Helfer des katholischen Caritas-Verbandes dort bei ihrer Arbeit begleiten wollen. Wer sie daran hinderte, war nicht der berühmte Diktator Saddam Hussein. Die irakischen Einreisepapiere waren umstandslos erteilt worden. Die Order, unverrichteter Dinge nach Köln zurückzufliegen, kam vom WDR – aus »ARD-politischen Gründen«.

Was haben wir uns unter „ARD-politischen Gründen“ vorzustellen? Offenbar etwas sehr Schwerwiegendes. Denn in das Projekt war ja schon viel Arbeit und Geld investiert worden. Nicht nur die Redaktion »Kultur und Gesellschaft«, die eine ihrer Aufgaben darin sieht, die vordergründige, tagesaktuelle Berichterstattung der Politik-Redaktion durch Hintergrund-Reportagen zu ergänzen, hatte es genehmigt, sondern auch der zuständige Programmleiter des WDR-Fernsehens, der Fernsehdirektor und der Koordinator der Kirchenprogramme in der ARD hatten ihr Plazet gegeben. Was hätten sie auch dagegen einwenden können? In einer Zeit, in der alle Medien permanent über die US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen berichteten und die ARD uns mit viel Sympathie das Leben der Soldaten auf einem US-Flugzeugträger vor dem Krieg zeigte, war es unzweifelhaft journalistisch geboten, den Blick der Öffentlichkeit auch einmal auf das als

Opfer des angekündigten Krieges ausersehene Volk zu lenken. Die »ARD-politischen Gründe« wurden vom Chefkordinator des Senderverbundes, Hartmann von der Tann (auf dem Bildschirm erscheint er gelegentlich bei »Elefantenrunden« oder ähnlichen Wichtigkeiten), geltend gemacht. Er pochte darauf, dass für die Berichterstattung aus dem Irak der Südwestdeutsche Rundfunk (SWR) zuständig sei. Dieser Sender stellt nämlich den ARD-Korrespondenten in Bagdad, Jörg Armbruster (durch den wir seit Jahren erstaunlich wenig über den Irak erfahren haben). Wenn andere ARD-Anstalten selber Journalisten in das Arbeitsgebiet eines Korrespondenten entsenden wollen, müssen sie ihn – das ist grundsätzlich so geregelt – über diese Absicht informieren, aber seiner Zustimmung bedürfen sie nicht. Der WDR, für den Ingelis Gnutzmann früher schon im Irak gedreht hatte, hielt sich auch diesmal an die ARD-Gepflogenheiten. Sie bekam die Mitteilung, dass Armbruster sich zeitlich nicht in der Lage sah, sich mit dem Thema zu befassen. Insofern konnte von der Tann dem WDR nichts vorwerfen. Er verwies aber auf eine spezielle Absprache der für die Politik-Programme Verantwortlichen aller ARD-Anstalten, im Fall Irak in der Vorkriegszeit jede eigene Berichterstattung neben der des SWR zu unterlassen, und er verlangte, dass sich auch die Verantwortlichen für den Programmbereich »Kultur und Gesellschaft« an diese Absprache halten – von der sie bis dahin nicht einmal informiert worden waren. Es bestand also keinerlei Verpflichtung. Aber der WDR knickte ein.

Was die leitenden Politik-Redakteure der Sender für die Vorkriegszeit vereinbart hatten, das Berichterstattungsmonopol, sollte im erwarteten Krieg nicht mehr gelten. In vielen Redaktionsbüros wurde der Krieg schon ungeduldig erwartet. Der WDR ließ – ebenso wie andere Medien – etliche seiner Journalisten in Seminaren der Bundeswehr in Hammelburg und in Großbritannien darauf vorbereiten. Die ausgewählten Kriegsberichtersteller waren darauf eingestellt, bei Kriegsbeginn in Militärmaschinen irgendwohin in den Nahen Osten geflogen zu werden, um dann unter militärischer Aufsicht sogleich ins Mikrofon zu plappern. Dem Feind ein Gesicht geben – das ist das Wichtigste, was Journalisten in Vorkriegszeiten zu tun haben, jedenfalls dann, wenn

sie ihre berufliche Verantwortung wahrnehmen und helfen wollen, den Krieg zu verhindern. Aber in den Medien geschieht zumeist das Gegenteil: Man gibt dem „Feind“ eine Fratze, macht ihn gerade dadurch zum Feind und lässt ihn nicht zu Wort kommen. Nach alter Richterregel kann kein Urteil gesprochen werden, jedenfalls kein gerechtes, wenn nicht beide Seiten im Verfahren unmittelbares Gehör gefunden haben. Ebenso kann sich eine demokratische Öffentlichkeit kein Urteil bilden (sie kann also gar nicht entstehen), wenn sie nur die eine Seite zu hören bekommt und die andere mundtot gemacht worden ist. Ein Staat, der einen Angriffskrieg vorbereitet, ist aller Erfahrung nach bestrebt, der anderen Seite jede Möglichkeit zu nehmen, mit ihm zu kommunizieren. Wir erfahren über die andere Seite nur eins: dass sie die böse Seite ist; die eigene Seite ist allemal die gute. Dann versteht sich schon fast von selbst, dass jedes Mittel, das wir gegen das Böse anwenden, ein gutes Mittel ist. Kriegspropaganda hat die Aufgabe, uns an diese Vorstellung zu gewöhnen. Probathe Mittel sind Greuelgeschichten und ein hetzerisches Vokabular, mit der sie die andere Seite verteufelt.

Wenn in einem Konflikt „der Feind“ nicht zu Wort kommt, dann ist freie Meinungs- und Willensbildung unmöglich. Die demokratische Öffentlichkeit ist dann ausgeschaltet und damit die Demokratie selber. In Nazi-Deutschland wurden in letzter Konsequenz Menschen von Staats wegen ermordet, weil sie „Feindsender“ gehört, sich also um Informationen der anderen Seite bemüht hatten. Gerade diese Erfahrung sollte uns lehren, größten Wert darauf zu legen, dass die andere Seite in unseren Medien Gesicht und Stimme erhält. Das ist der eigentliche Sinn des Grundrechts der Informations- und Meinungsfreiheit: dass wir nicht allein der Propaganda der Mächtigen ausgesetzt sind, sondern auch die andere Seite unser Gehör finden kann.

Eine demokratische Verfassung, die die Informations- und Meinungsfreiheit garantiert, schützt nicht automatisch vor Uniformierung der öffentlichen Meinung. Auch in Staaten wie den USA, Israel und der Bundesrepublik Deutschland verlangt Kriegspropaganda gebieterisch, dass man nur ihr und keiner anderen Information glaubt. Im NATO-Krieg gegen Jugoslawien beschimpfte

Bundeskanzler Gerhard Schröder im Bundestag den damaligen PDS-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi, weil dieser, um sich zu informieren, nicht nur wie andere damalige Balkanreisende mit albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo, sondern auch mit dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic gesprochen hatte. Schröder titulierte Gysi als „fünfte Kolonne“. Der in der israelischen Friedensbewegung aktive Journalist Uri Avnery, der es als erster in seinem Lande wagte, den Palästinenserführer Jassir Arafat zu interviewen, wurde deswegen als Hochverräter angeklagt. Zur publizistisch-psychologischen Kriegsvorbereitung und Kriegsführung gehört auch die propagandistische Einwirkung auf die andere Seite. Wer einen Angriffskrieg plant, muss daran interessiert sein, die Bevölkerung auf der anderen Seite zu desorientieren, den Verteidigungswillen dort zu schwächen. Zur Vorbereitung ihres weiten Krieges gegen den Irak warfen die USA von Flugzeugen viele Hunderttausende Flugblätter ab, auf denen angegeben war, welche Sender die Iraker hören sollten und wo sie sie fänden. Den Krieg gegen das sandinistische Nicaragua hatten die USA hauptsächlich mit Desinformation gewonnen, die von hunderten Sendern ins Land gestrahlt wurde. Besonders wirksam ist die Desinformation, wenn sie sich nicht als Feindpropaganda zu erkennen gibt und wenn es der Angreiferseite gelingt, die Rundfunk-Frequenzen der anderen Seite zu besetzen. Im Fall Nicaragua erübrigte es sich dann sogar, das Land militärisch zu besetzen.

Viele Beispiele für die Methoden und Mechanismen publizistischer Kriegsvorbereitung hat der erste US-amerikanischen Krieg gegen den Irak 1990-1991 geliefert. Erinnerung wir uns: Das Scheichtum Kuwait, das einst zum Irak gehört hatte, bis die damalige britische Kolonialmacht es vom Irak abtrennte, wurde von irakischen Truppen besetzt. Saddam Hussein hatte nach Gesprächen mit der US-Botschafterin in Bagdad Anlaß zu der Annahme gehabt, dass seine alten Freunde und Förderer in Washington, in deren Interesse er den Nachbarn Iran bekriegt hatte, ihn gewähren lassen würden. Doch Präsident Bush sen. sah die Gelegenheit, nach dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Pakts mit einem

Krieg gegen den Irak die „Neue Weltordnung“ herzustellen. Der Krieg wurde u.a. dadurch vorbereitet, dass die USA dem UN-Sicherheitsrat frei erfundene Geschichten über irakische Greuel-taten präsentierten. Angeblich hatten irakische Soldaten in kuwai-tischen Krankenhäusern Babies aus den Brutkästen gerissen. Die Lüge wurde aufgedeckt, nachdem sie ihre Wirkung getan hatte. Am 25.2.1991, dem Tag nach Beginn der Bodenoffensive gegen den Irak, hieß es in einem Korrespondentenbericht der Deutschen Presseagentur: „Die Propagandamaschine Saddam Husseins feu-erte aus allen Rohren. Mit blutroten Schlagzeilen peitschte die Tagespresse zum Widerstand gegen die Allianz auf, die am Sonn-tag zum entscheidenden Schlag zur Befreiung Kuwaits ausgeholt hatte.“ Ein solcher Text beeindruckt. Aber welche Informationen enthält er? Eine einzige: dass die Schlagzeilen der irakischen Presse in roter Farbe gedruckt wurden. Aber ist das so ungewöhnlich? Roter Farbe bedient sich auch immer wieder die *Bild*-Zeitung, die schon im August 1990 mit folgenden Überschriften Kriegs-stimmung gegen Saddam Hussein erzeugt hatte: „Was macht der Irre jetzt?“ (9.8.90), „Der Irre ist umzingelt“ (14.8.90), „Jetzt quält der Irre auch Deutsche“ (20.8.90).

Um das US-Militär angriffsfähig zu stimmen, um die Tötungshem-mungen zu überwinden und um Widerstände in der Öffentlichkeit auszuschalten, titulierte der damalige US-Oberkommandierende, General Norman Schwarzkopf, die Iraker als „tollwütige Hunde“, und jeder verstand, dass tollwütige Hunde abgeschossen gehören. Schwarzkopf wusste auch mitzuteilen: „Sie kämpfen ohne Gewis-sen und sind zu den schlimmsten, von Hass diktierten Taten fähig.“ US-Präsident Bush sen. hatte schon am 6. August 1990 konsta-tiert: „Saddam Hussein ist der Hitler von Bagdad.“ Tausende Kommentatoren in aller Welt machten sich diese Gleichsetzung zu eigen. Sie diente dazu, den Krieg gegen den Irak als morali-sche Notwendigkeit hinstellen, also moralischen Widerstand zu brechen. Pazifisten mussten sich vorwerfen lassen, nicht aus der Geschichte gelernt zu haben. Jede Kritik an der US-amerikanischen Politik sah sich als Parteinahme für einen neuen Faschismus ver-dächtig: Gerade die Deutschen, die den nordamerikanischen Streitkräften die Befreiung vom Nazi-Regime zu verdanken hät-

ten, müßten sich jetzt vorbehaltlos an deren Seite stellen, hieß es in Politikerreden und Leitartikeln. Diejenigen, die so argumentierten, waren oft dieselben, die den 8. Mai 1945 als Tag der Niederlage bezeichnen.

Der 2+4-Vertrag, in dem 1990 die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges der Wiedervereinigung zustimmten und Deutschland sich verpflichtete, seine Streitkräfte nur zu Verteidigungszwecken einzusetzen (wie es ja auch im Grundgesetz steht), war erst einige Monate alt, da beklagte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, bei den Deutschen sei „die Angst vor dem Krieg offenbar stärker als die Liebe zur Freiheit“. Kaum anders trug es die *Bild*-Zeitung aus dem Springer-Konzern in die Massen. Da wurde dem damaligen Bundeskanzler Kohl vorgehalten, er lasse zum Golfkrieg „nur laue Luft“ ab; ähnlich griff das Blatt Bundespräsident von Weizsäcker an: „Sie können doch sonst so schön reden.“ Und auch viele andere Blätter forderten, wir Deutsche müßten „Verantwortung übernehmen“. Diese Parole wurde uns in den folgenden Jahren von Politikern und Publizisten immer wieder um die Ohren gehauen: Deutschland müsse „endlich wieder Verantwortung übernehmen“, sich seiner durch die Wiedervereinigung „gewachsenen Verantwortung“ bewußt werden, müsse „endlich politisch erwachsen werden“, Deutschland müsse „endlich normal werden“. Gemeint war immer nur dies eine: Deutschland müsse wieder bereit sein, Krieg zu führen – als wäre das normal.

Über die Interessen, denen der damalige Krieg gegen den Irak diene, las man – vielen Zeitungslesern verborgen – auf den Wirtschaftsseiten. Springers *Welt* jubelte am Tag nach dem Kriegsbeginn: „Deutsche Aktien schießen in die Höhe wie noch nie zuvor.“ Das *Handelsblatt* konstatierte „Bombenstimmung“ an den Börsen und titelte: „Angriff auf den Irak beendet Lethargie der Anleger“. Die *FAZ*: „An den Börsen wird der drückende Pessimismus beiseite gefegt.“ Schon vor Kriegsbeginn hatte der *Effektenspiegel/Das Journal* für den Aktionär die Devise ausgegeben: „Die Golfkrise bietet günstige Einstiegskurse mit kurzfristig dicken Gewinnchancen.“

Was zählten gegenüber solchen Interessen die Informations- und

die Meinungsfreiheit der Kriegsgegner? Da durfte zum Beispiel im Programm der *BBC* und mehrerer britischer Kommerzsender John Lennons Song „Give Peace a Chance“ von Kriegsbeginn an nicht gesendet werden – „mit Rücksicht auf die kämpfende Truppe am Golf“; das galt auch für 68 andere Pop-Songs. Nur in England? *Radio Schleswig-Holstein* verbot Nenas „99 Luftballons“, weil man das „naive Friedenslied“, wie der Programmdirektor erklärte, angesichts „der ernsthaften Bedrohung am Golf“ nicht senden könne. Beim *Sender Freies Berlin* wurde eine Satire-Sendung von Martin Buchholz wegzensiert. Die Autorin einer evangelischen Morgenandacht im *Norddeutschen Rundfunk* musste sich heftige Vorhaltungen im Rundfunkrat gefallen lassen, weil sie mit ihrer Klage über den Krieg die Grenzen zum politischen Kommentar überschritten habe.

Und wie wurden wir über den Krieg informiert? Im Ersten Weltkrieg hatte der damalige britische Premierminister Lloyd George einmal im Gespräch mit dem *Manchester Guardian* bemerkt: „Wenn die Leute wirklich Bescheid wüßten, wäre der Krieg morgen zu Ende.“ Damit wir nicht wirklich Bescheid wussten, führten im Golfkrieg alle Kriegsparteien sofort die Zensur ein. In Israel z.B. überwachten 150 Reservisten der militärischen Zensurbehörde die Telefonate, mit denen Journalisten ins Ausland berichteten. Nach Angaben der israelischen Zeitung *Ma'ariv* wurden beim Versuch, nicht genehmigte Informationen weiterzugeben, 593 Gespräche unterbrochen. In der Türkei zwang politische Polizei deutsche Fernsehjournalisten, alle in Diyarbakir – wo Bundeswehreinheiten stationiert waren – aufgenommenen Interviews vom Band zu löschen. Freies Reisen in Kurdengebiete war Reportern untersagt.

Die USA als hauptkriegsführende Macht hatten die Kriegsberichterstattung folgendermaßen organisiert: Die Journalisten durften sich in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad versammeln, wo ein großes Hotel bereit stand, sie aufzunehmen. Rund 1000 folgten der Einladung. Man hätte erwarten können, dass 1000 Journalisten verschiedene Einzelheiten wahrnehmen und einander ergänzende oder auch widersprechende Berichte liefern würden. Doch die Berichte der professionellen Kriegsbeobachter klangen alle

gleich, denn die Beobachter hatten wenig zu beobachten; sie blieben unter sich an der Hotelbar und im Hotelschwimmbad. Bei der täglichen Pressekonferenz, jeweils um 15 Uhr im großen Ballsaal des Hotels, bekamen sie alle dasselbe zu hören, und was sie dann ihren Redaktionen übermittelten, war nichts als das dort Gehörte. Kleine ausgewählte Gruppen von Journalisten („Pools“) wurden gelegentlich in Militärbegleitung in die Nähe des Kriegsschauplatzes transportiert. Was sie daraufhin zu Papier brachten, wurde dann auch noch zensiert. Die anderen Journalisten übernahmen Inhalte der zensierten Berichte. Ein Reporter des US-Fernsehsenders *CNN* klagte: „Wir verbreiten reinste Propaganda (...), denn aus psychologischen Gründen will Washington den Eindruck erwecken, als wäre der Krieg kaum mehr als Sachbeschädigung.“ Von Opfern war möglichst nicht die Rede.

General Schwarzkopf gab am Ende des Krieges zu, dass die Medien bei Beginn der Bodenoffensive einem „gigantischen Täuschungsmanöver“ gegen den Irak gedient hätten. Getäuscht wurde die Weltöffentlichkeit. Und das Ende des Krieges war noch nicht das Ende der Zensur. Von der Bodenoffensive wurde auch nachher kaum Bildmaterial verbreitet. Die US-Besatzungstruppen im Südirak ließen Journalisten nicht dorthin, wo die irakischen Truppen beim Rückzug in einer Falle vernichtet worden waren. Bilder von dort wären mit der Vorstellung vom sauber-ordentlich-humanen Krieg schwer zu vereinbaren gewesen.

Im irakischen Fernsehen waren US-amerikanische Kriegsgefangene aufgetreten, die das militärische Eingreifen in die Angelegenheiten fremder Völker als amerikanischen Größenwahn, das Abladen von Bomben auf irakische Städte als Verbrechen verurteilten. Das Pentagon fand sofort heraus, dass die Gefangenen mißhandelt worden seien, und so wurde es weltweit gemeldet. Auch deutsche Medien glaubten dem Pentagon aufs Wort und schürten Empörung über Saddam Hussein, der die Gefangenen habe foltern lassen. Die naheliegende Möglichkeit, dass die Piloten ihre sichtbaren Verletzungen beim Abschluß ihrer Flugzeuge erlitten hatten, fand kaum Beachtung. Als nach dem Krieg die freigelassenen Gefangenen bei ihrer Rückkehr sagten, sie seien gut behandelt worden, unterband das Pentagon sofort jeden Kontakt mit Journalisten. (Die

US-Truppen machten viele irakische Gefangene. Von ihnen übermittelten uns unsere Medien nur die erste Freude, dass für sie der Krieg vorbei war. Wie sie dann in der Gefangenschaft behandelt wurden, war kein Thema.)

Über die militärische Stärke des Irak verbreiteten die Medien, solange es zweckdienlich war, maßlose Übertreibungen (viertstärkste Armee der Welt, beste Artillerie, Supergeschütze mit einzigartiger Reichweite, fanatische Kampfbereitschaft, gigantische Giftgaslager im besetzten Kuwait). Dann wurde, als es opportun erschien, die perfekte Präzision der US-Waffen gerühmt, z.B. der „Patriot“-Raketen, was sich im nachhinein ebenfalls als weit übertrieben erwies.

Die auf solche Weise produzierte Zustimmung zum Krieg hätte in Ablehnung umschlagen können, als Bilder von einem Bunker in Bagdad erschienen, in dem Hunderte von Zivilisten Opfer eines US-Raketenangriffs geworden waren. Prompt drehte die US-Propaganda den Spieß um: Washington wisse, dass es in Bagdad 20 militärische Führungsbunker gebe; wenn Saddam Hussein dort Zivilisten unterbringe, sei das nur typisch für seine Menschenverachtung, sagte der damalige Bushs Pressesprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater.

Trotz aller Gleichschaltung meldeten sich auch in den USA kritische Stimmen. Ich will aus den Tagen des Kriegsbeginns eine zitieren, die mir noch heute wichtig erscheint: „Die kriegerische Aktion des Präsidenten Bush im Golf bedeutet eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, der Charta der Vereinten Nationen und anderer nationaler und internationaler Gesetze! Der Präsident hat die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates bestochen, eingeschüchtert und bedroht, um deren Unterstützung für die kriegerischen Akte gegen den Irak zu erhalten (...) Diese Abstimmung ist gekauft worden (...) Es unterliegt keinem Zweifel, dass die von Amerika eingesetzten Massenvernichtungswaffen tausende von Opfern unter der unschuldigen Zivilbevölkerung fordern werden. Es wären somit jene Prinzipien anzuwenden, die seinerzeit im Nürnberger Prozeß festgelegt worden sind. Der Tod dieser Menschen ist nicht nur ein moralisches Verbrechen, sondern bedeutet auch eine Verletzung des internationalen Rechts. Vom

August 1990 an hat Präsident Bush einen Kurs eingeschlagen, der systematisch jede Option für eine friedliche Lösung des Konflikts am Persischen Golf unmöglich gemacht hat.“ So äußerte sich ein Mitglied des US-Kongresses, der texanische Abgeordnete Henry B. Gonzales, der die Amtsenthebung und Strafverfolgung des Präsidenten forderte. Ich las das in keiner deutschen Zeitung, sondern in einer österreichischen. Österreich gehörte nicht zur Kriegsallianz.

Als am 28. Februar 1991 der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak endete, jubelten die Sieger. In Deutschland war manchen Presse- und Rundfunkkommentatoren ebenfalls nach Jubel zumute, denn sie hatten mitgesiegt. In einer typischen Regionalzeitung las ich (nachdem US-amerikanische und französische Kommandeure die Zahl der getöteten Irakis schon mit 100.000 oder 150.000 resümiert hatten): „Bush ist dem natürlichen Impuls der Friedenssehnsucht erst gefolgt, als die Aufgabe erfüllt war (...) Das Pentagon hat bewiesen, dass die teuren Anschaffungen der vergangenen zehn Jahre keine Vergeudung von Steuergeldern waren, sondern eine Investition in Hochtechnologie mit durchschlagender Wirkung (...) Der Präsident hat Initiative, Führungsstärke und Stehvermögen gezeigt. Er hat sich den Respekt verdient, den er zurecht genießt.“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 1.3.91)

Die PR-Agentur, die den damaligen Krieg mit Greuelpropaganda vorbereitet hatte, blieb in US-Regierungsdiensten. Nach dem 11. September 2001 wurde der Propagandaapparat weiter ausgebaut, auch wenn die von US-Kriegsminister Rumsfeld betriebene Gründung eines „Office of Strategic Influence“ auf Kritik stieß. Der Vorbereitung des nächsten Kriegs gegen den Irak dienten nun u.a. ein CIA-Programm „Winning of Hearts and Minds“, ein in Prag angesiedelter US-Sender *Radio Free Iraq*, ein Fernsehsender in London und auch ein Schulungsprogramm des US-Außenministeriums für irakische Oppositionelle, um sie zu „effektiveren Sprechern des irakischen Volkes“ zu machen.

Die deutschen Medien zeigen sich mit wenigen Ausnahmen seit langem bereit, an der „Enttabuisierung des Militärischen“ – die

Bundeskanzler Gerhard Schröder als Erfolg seiner Regierungstätigkeit rühmt, die aber viele Jahre vorher begonnen hat – mitzuwirken. Ähnlich wie die US-amerikanischen haben sie im ersten Krieg gegen den Irak, im Krieg gegen Jugoslawien und im derzeitigen „Krieg gegen den Terror“ die Öffentlichkeit dermaßen gründlich irreführt, dass die Wahrheit auch nachher schwerlich durchsickern kann. Bis heute weiß in Deutschland fast niemand, welche verheerenden Schäden die NATO-Bombardements in Jugoslawien angerichtet haben. Für die frei erfundenen Geschichten über serbische Greueltaten im Kosovo, mit denen der damalige verantwortliche deutsche Minister Rudolf Scharping diese Kriegführung zu rechtfertigen versuchte, hat er nie um Entschuldigung gebeten – nicht bei den Opfern, nicht bei der deutschen Öffentlichkeit, die er irreführt hat; und auch die Medien, die diese Lügenpropaganda unkritisch verbreitet haben, denken nicht daran, dies einzugestehen und wenigstens im Nachhinein zu korrigieren. Eine seltene Ausnahme war die von Politikern heftig attackierte Fernseh-Dokumentation „Es begann mit einer Lüge“, die der WDR anderthalb Jahre nach dem Krieg ausstrahlte. Der Pressesprecher der NATO in jenem Krieg, Jamie Shea, rühmte sich inzwischen sogar: „What do you want? We created stories and we made a good show.“ Er gab zu, falsche Informationen verbreitet zu haben, und bezeichnete es als „völlig legitim für Regierungen, in Zeiten der Konflikte eine robuste Kommunikationsstrategie zu haben“.

Nach solchen Erfahrungen hätte es sich empfohlen, der US-Regierung, als sie den neuen Krieg gegen den Irak vorbereitete, kein Wort zu glauben. Überhaupt sollten wir in Vorkriegs- und Kriegzeiten offiziellen Angaben grundsätzlich nicht trauen, vor allem nicht den Angaben der eigenen bzw. befreundeten Seite – im Zweifelsfall eher der Darstellung der anderen Seite, die zumindest den Wert hat, dass sie uns kritikfähig gegenüber den Angaben der eigenen Seite machen kann. Die Gefahr, dass wir aus Leichtgläubigkeit mitschuldig werden, besteht in der Regel nur auf der eigenen Seite.

In den Kriegen der vergangenen Jahre ist es jedoch üblich geworden, dass der Aggressor die anderen Seite zum Schweigen bringt,

auch dadurch, dass er ihre Medien ausschaltet, so dass es unmöglich wird, beide Seiten zu hören. In Jugoslawien zum Beispiel zerstörte die NATO-Luftwaffe die großen Sender in Novi Sad und Belgrad. Bei einem gezielten Raketenangriff auf das Zentralgebäude des Fernsehens in der Belgrader Innenstadt wurden 16 Beschäftigte getötet. Wer einmal zum „Teufel“, zum „neuen Hitler“, zum „Irren“, zum „Schlächter“ (*Bild* per Riesenschlagzeile über Milosevic) erklärt worden ist, darf nicht mehr zu Wort kommen. Wenn wir seine Argumente hören, seine Interessen abwägen könnten oder wenn wir durch seine Darstellung erfahren würden, was unsere Geschosse in seinem Lande anrichten, dann würden unsere Kriegführenden schnell die Unterstützung der eigenen Bevölkerung verlieren. Um die andere Seite mundtot zu machen, genügt die Begründung, sie verbreite doch nur Propaganda. Mit dieser Begründung wurde im NATO-Krieg gegen Jugoslawien auf deutsche Initiative die Übertragung jugoslawischer Fernsehbilder über den europäischen Satelliten *Eutelsat* unterbunden. Ein dreister Zensur-Eingriff in unser Grundrecht auf Information.

Vor Beginn des Krieges gegen Afghanistan wollte der Sender *Voice of America* eine Stellungnahme des Taliban-Führers Omar zu der den Krieg ankündigenden Kongress-Rede des US-Präsidenten Bush jun. ausstrahlen. Nach Intervention des stellvertretenden US-Außenministers Armitage wurde das Interview nicht gesendet. Ein Sprecher des State Departements sagte, Omars Worte gehörten nicht in „unser Radio“. Die *Frankfurter Rundschau* schloss daraus: „Den Gegner eines möglichen Krieges zu Wort kommen zu lassen, paßt offensichtlich nicht zur Informationsstrategie der Bush-Administration.“ Ein Journalismus, der sich nicht für Propagandadienste im Interesse der Angreiferseite hergeben will, hat demnach kaum eine wichtigere Aufgabe als die, uns das zu vermitteln, was die Kriegführenden als „Feindpropaganda“ von uns fernzuhalten versuchen.

Verantwortungsbewusster Journalismus muss sich gegen Erwartungshaltungen durchsetzen – schon in den Redaktionen. Erwartet wird immer nur Bestätigung dessen, was man zu wissen glaubt: Die Journalisten sollen Nachrichten liefern, die die eigene Seite

bestätigen und rechtfertigen. Dieser Erwartungshaltung dürfen sich Journalisten, die ihren Beruf als demokratische Aufgabe verstehen, nicht dienstbar machen. Aber die meisten tun es – bewusst oder (das dürfte der Normalfall sein) unbewusst. Aufklärerischer Journalismus, der zur Konfliktlösung beitragen will, würde gemeinsame Interessen, Ansätze von Verständigungsbereitschaft suchen und sie bekannt machen und auf Verhandlungen dringen. Dadurch würde er sich von der vorherrschenden Kriegspropaganda unterscheiden. Aber wo finden wir ihn?

Die Journalisten der *Bild*- und aller anderen Springer-Zeitungen sind seit Herbst 2001 arbeitsvertraglich auf „Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität in der freiheitlichen Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten“ verpflichtet – womit der Anspruch auf journalistische Objektivität preisgegeben, Einseitigkeit zum Programm erhoben wurde. Die meisten anderen Zeitungen verhalten sich ähnlich. Wenn aber einer den Medien vorhält, was sie machtmißbräuchlich tun, wenn er selbst in den Irak fährt, um mit eigenen Augen zu sehen, und wenn er vielleicht auch seine Bekanntheit einsetzt, um gegen den geplanten kriegerischen Massenmord zu protestieren, dann fallen auch vermeintlich seriöse Medien über ihn her wie am 4. Januar 2003 die *Süddeutsche Zeitung* über Konstantin Wecker, der gesagt hatte, in den Medien werde „gezündelt“ und „nie spricht einer über die Menschen!“ Die *SZ* antwortete, Künstler könnten nichts für ihre Naivität. Und: „Was wäre, wenn der einfach nur ein guter, fast vergessener Liedermacher wäre – und kein Promi-Gutmensch, der offenbar keine Koffer packen kann, wenn ihm dabei keine Kamera zusieht. Und was will er in Mossul? Da liegt nicht mal Schnee.“

Diejenigen verächtlich zu machen, die sich für den Frieden engagieren, gehört seit eh und je zur Kriegspropaganda. Das gelingt am besten, wenn man vermeidet, die Argumente der Kriegsgegner zu referieren. Als zum Beispiel der Literaturnobelpreisträger Günter Grass im Januar 2003 den Medien über die *Deutsche Presseagentur (dpa)* eine ablehnende Stellungnahme zum geplanten Krieg der USA gegen den Irak übermittelte, hielten die beiden überregionalen Zeitungen aus Frankfurt am Main, *FAZ* und

FR, die Sache für wichtig genug, sie zu kommentieren. Aber sie teilten ihren Lesern den Text von Grass nicht mit. Stattdessen mokierten sie sich darüber, dass Grass sich so unoriginell verhalte, „im Chor“ (der Kriegsgegner) zu „singen“. Das Feuilleton der *Frankfurter Rundschau* hielt es sogar für nötig, noch in einem zweiten Kommentar über den „moralisch-politischen Aplomb“ des „Großschriftstellers“ herzuziehen.

Medien, die in anderen Fällen großen Wert auf moralische Autoritäten legen, gifteten nun sogar gegen die Kirchen, wenn diese mal nicht skrupellos die Waffen segneten („Gott mit uns“), sondern vor dem Krieg warnten. Weil etwa der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, die Denkart des US-amerikanischen Präsidenten Bush jun. als „fundamentalistisch“ kritisierte, rüffelste ihn die *FAZ* vom 8.2.2003, er sei „weit über das, was einem Kirchenführer frommt“, hinausgegangen. Das Blatt schimpfte: „Ökumene um des lieben Friedens willen ist verlogen.“ Und weiter las man da an dem Tag, für den die Kirchen zu einer Antikriegsdemonstration auf dem Frankfurter Römerberg aufgerufen hatten: „In vielen evangelischen und katholischen Gemeinden ist gegenwärtig nicht die Stunde der Zweifler, sondern die der Demagogen. Und das wieder einmal in Deutschland.“ Womit das Blatt wohl so etwas wie Nähe zwischen christlichen Kriegsgegnern und Josef Goebbels suggerieren wollte – just dieses Blatt, das seit seinem Bestehen darauf bedacht ist, die deutschen Besitz- und Machteliten von jeder Verantwortung für das Nazi-Regime reinzuwaschen.

In derselben Ausgabe, in der die *FAZ* in ihrem Leitartikel auf Seite 1 dermaßen rüde über die Kirchen herzog, las man auf Seite 21 in der Kolumne „Die Börsenwoche“: „Hinter den Börsianern liegt eine Woche der Offenbarungen. Der Auftritt des amerikanischen Außenministers Colin Powell vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen brachte für jeden, der nicht in Wunschdenken verharret, die eindeutige Botschaft: Die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Irak wird mit militärischen Mitteln ausgefochten. Wurde zum Wochenauftritt in den Handelsräumen noch über die Unsicherheiten geklagt, was denn nun eigentlich Sache sei in dem schwelenden Konflikt,

prägt nun das Szenario eines wahrscheinlich noch im Februar ausbrechenden Irak-Krieges das Geschehen an den Märkten. Welche Zäsur der Auftritt Powells am Mittwoch bedeutete, lässt sich an der Kursentwicklung auf allen wesentlichen Märkten ablesen. Nach einer Talfahrt von 2800 auf 2600 Punkte drehte etwa der Deutsche Aktienindex Dax wieder deutlich nach oben.“ Was zählt das Friedenswunschenken der Kirchen und der breiten Bevölkerungsmehrheiten gegenüber dieser wahren Frohbotschaft? Schon Anfang September 2002 hatte die *FAZ* ihrer hauptsächlich an Kapitalrendite interessierten Leserschaft offen erklärt: „Den ersten Krieg gegen den Irak haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten des Erdöls wegen geführt. Auch am zweiten Krieg wird es seinen Anteil haben. Präsident George W. Bush und sein Vize Dick Cheney haben lange genug in der Ölindustrie gearbeitet, um die Chancen und Risiken des Militärschlages gegen den Irak ... abwägen zu können. In dem Szenario, das für Washington am günstigsten ist, würde der Krieg rasch verlaufen und in Bagdad ein amerikafreundliches Regime eingesetzt. Die Ölmultis würden neue Investitionschancen finden und die Förderkapazität des Irak auf sechs Millionen Faß (je 159 Liter) am Tag nahezu verdreifachen. Dieser neue Irak könnte aus der Opec austreten, die Förderbeschränkungen des Ölkartells unterlaufen und die dominierende Rolle Saudi-Arabiens am Golf schwächen.“ In gleichem Sinne verhiess das *Handelsblatt*: „Wenn die USA einen Krieg rasch für sich entscheiden, könnte der Ölpreis wie ein Stein zu Boden fallen und die Börsen boomen. Die Weltwirtschaft würde durchstarten, selbst Deutschland könnte sich dann einer Erholung nicht mehr entziehen.“

Nicht nur das *Handelsblatt*, nicht nur die *FAZ*, nicht nur die Springer-Zeitungen, die deutsche Medienindustrie im großen und ganzen (wozu vor allem die typischen regionalen Monopolzeitungen gehören) versteht sich als publizistischer Sachwalter dessen, was sie euphemistisch „Marktwirtschaft“ nennt, also der großen Kapitalgesellschaften, deren Reklame-Ausgaben ein wesentlicher Teil ihrer Einnahmen sind. Verlässlich kämpft sie für die Festigung und Stärkung der Konzernherrschaft im Innern (z.B. gegen die

Gewerkschaften) und ihre europaweite, möglichst weltweite Ausdehnung. Sie selber ist ein tragendes Element der Konzernherrschaft, immer bestrebt, ihre eigene Macht zu erweitern, u.a. durch Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen oder durch Expansion über ihre ursprünglichen Verbreitungsgebiete hinaus. Die deutschen Medienkonzerne sind der Osterweiterung der NATO vorangeschritten, indem sie nach Aneignung der gesamten Regionalpresse Ostdeutschlands auch in Polen, Tschechien und Ungarn mehr und mehr Medienmacht errangen. Nach der militärischen Unterwerfung Jugoslawiens gehören die auflagenstärksten Blätter in Belgrad jetzt dem Bertelsmann- und dem von Schröders zeitweiligem Balkan-Beauftragten Bodo Hombach geleiteten WAZ-Konzern, der zuvor schon in Bulgarien und Rumänien seßhaft geworden war. Enge Geschäftsbeziehungen deutscher Medienkonzerne bestehen auch zu den USA. Ein New Yorker Tochterunternehmen des Holtzbrinck-Konzerns (*Die Zeit, Handelsblatt, Tagesspiegel* etc.) war es, das im US-Präsidentenwahlkampf eine entlarvende Biographie des von allen großen Kapitalgesellschaften Nordamerikas favorisierten Kandidaten Bush jun., von der 60 000 Exemplare als Startauflage schon gedruckt waren, einstampfen ließ, statt sie auszuliefern.

Dieser Herrschafts- und Propagandaapparat würde nicht so funktionieren, wie er funktioniert, wenn sich nicht über lange Zeit eine Symbiose der führenden Berufspolitiker und Publizisten entwickelt hätte. Die Politiker verdanken ihren Bekanntheitsgrad und auch ihren Beliebtheitsgrad fast ausschließlich den Medienkonzernen (denen sie auch durch Ghostwriter, Buchhonorare u.a. eng verbunden sind). Beispiel Schröder: Dass er Kanzler wurde, ist im wesentlichen das Werk der Medienkonzerne, die ihn 1997/98 gemeinschaftlich massiv in innerparteilichen Auseinandersetzungen unterstützten, damit die SPD ihn als Kanzlerkandidat nominierte. Niemals zuvor in der deutschen Geschichte erhielt ein Sozialdemokrat von dieser Seite solche Förderung. *Bild*-Redakteure schrieben ein Buch über ihn, das er der Öffentlichkeit wie eine Autobiographie präsentierte; einer von ihnen wurde später sein Regierungssprecher. Als er seine vierte Frau Doris, eine *Focus*-Journalistin, heiratete, ähnelte die Hochzeitsgesell-

schaft einem Spitzentreffen der Konzern-Publizistik. Systematisch propagierten diese Medien eine Politik, mit der Schröder den Beschlüssen seiner Partei zuwider handelte, und setzten die SPD publizistisch unter Druck, sich dieser Politik zu unterwerfen. Ihr Motiv war alles andere als Zuneigung zur SPD, im Gegenteil. Sehr bald demonstrierte der Springer-Konzern, wie leicht es ist, Sozialdemokraten, wenn sie ausgedient haben, von der Regierung zu entfernen. Die in Hamburg dominierenden Springer-Zeitungen bauten 2001/2002 einen ebenso dummen wie reaktionären Richter namens Schill als Politiker und Parteigründer auf, der bei der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt der sonst chancenlosen CDU helfen sollte, die rot-grüne Landesregierung zu verdrängen, was auch prompt gelang. Im nachfolgenden Bundestagswahlkampf bekam Schröder unmittelbar zu spüren, dass die Springer-Presse zu einer unionsgeführten Bundesregierung zurückkehren wollte, was ihr ebenfalls fast gelungen wäre, wenn sich Schröder nicht kurz vor der Wahl gegen den geplanten US-amerikanischen Krieg positioniert hätte. Er verdrängte dadurch diejenige Partei, die bis dahin als einzige im Bundestag gegen den Krieg aufgetreten war, die PDS, aus dem Parlament. Ohne Kriegsgegner-Stimmen, die er sich auf diese Weise verschaffte, wäre er nicht wieder Kanzler geworden.

Die Medienindustrie ist mächtig und selbstbewusst genug, die Friedensbewegung, wohlwissend, dass diese die Wünsche einer großen Bevölkerungsmehrheit repräsentiert, gewöhnlich wie ein Häufchen Dreck zu behandeln. Dass in den USA die Hysterisierung durch die Anschläge vom 11. September 2001 die Menschen nicht auf Dauer von prinzipieller Kriegsgegnerschaft abbrachte, dass sich vielmehr breiter Protest gegen Bushs Pläne zur militärischen Unterwerfung des Irak entwickelte, dass 46 US-amerikanische Nobel-Preisträger und fast alle Kirchen vor diesen Plänen warnten und dass am 18. Januar in großen Städten der USA mehr als eine halbe Million Demonstranten auf die Straße gingen, beachteten deutsche Medien ähnlich wenig wie die US-amerikanischen. Die deutsche Friedensbewegung hatte sogar Mühe, ihre Argumente per Inserat zu verbreiten, also gegen Bezahlung. So lehnten die *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt* und *Die Zeit* unisono aus „grund-

sätzlichen Erwägungen“ die Veröffentlichung einer Anzeige ab, mit der Karlheinz Deschner, Heinrich Hannover, Katja Riemann, Hannes Wader, Konstantin Wecker, Gerhard Zwerenz und 200 andere Unterzeichner eines Aufrufs mit der Überschrift „Kein Krieg gegen den Irak. Kein Krieg für Öl und Macht“ ein klares Votum der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat gegen den Krieg forderten. Mehrere Blätter ignorierten auch den Wunsch nach einer redaktionellen Veröffentlichung oder lehnten ihn kategorisch ab. Die Initiatoren kommentierten sarkastisch: „Verflucht, wer da von Gleichschaltung redet!“

In fast allen Medien – bis weit hinein in die öffentlich-rechtlichen, die durch die Dominanz führender Berufspolitiker in ihren Aufsichtsgremien, aber auch durch ihre zunehmende Kommerzialisierung und Verquickung mit der privaten Medienindustrie im großen und ganzen längst kein Gegengewicht gegen die Konzerne mehr bilden – herrschte lange Zeit Schweigen über die Friedensbewegung, Schweigen auch über die potenziellen Opfer des Krieges und Schweigen über die absehbaren Kriegskosten: die finanziellen Kosten, die Umweltschäden, den möglichen Verlust unschätzbar wertvoller Kulturzeugnisse in Mesopotamien, der Wiege der Menschheit.

Viel Raum wurde dagegen den US-amerikanischen Versuchen gegeben, den geplanten Krieg zu legitimieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Versuchen unterblieb zumeist. Im Wesentlichen wurde akzeptiert, was schon anlässlich des Krieges gegen Afghanistan akzeptiert worden war: dass die USA das verständliche Motiv hätten, weltweit militärisch gegen den Terrorismus vorzugehen – obwohl die Urheberschaft an den Anschlägen vom 11.9.2001 in New York und Washington bis heute nicht geklärt ist und es nicht den geringsten Hinweis für eine Beteiligung des Irak gibt. Unwidersprochen blieben US-amerikanische Behauptungen, der Irak stelle für die USA eine militärische Bedrohung dar – obwohl der Irak durch die beiden Golfkriege in den 80er Jahren und Anfang der 90er Jahre, durch die mehr als zehn Jahre andauernden wirtschaftlichen Sanktionen, und durch ständige Luftangriffe extrem geschwächt worden war, unter den Augen von UN-Inspektoren einen Großteil seiner Waffen hergegeben hatte und

wie wohl noch kein anderes Land der Erde ausspioniert worden war. Fast durchweg unkritisch verbreiteten die deutschen Medien angebliche Befürchtungen vor irakischen Massenvernichtungsmitteln – wodurch die reale Bedrohung ins Gegenteil verkehrt wurde, denn es war Präsident Bush jun., der ausdrücklich die Möglichkeit nicht ausschloss, in seinem Krieg gegen den Irak sogar Atomwaffen einzusetzen. Obwohl sich der Irak immer größere Eingriffe in seine Souveränität gefallen ließ, die damit begründet wurden, dass seine Selbstentwaffnung schärfer kontrolliert werden müsse, berichteten die deutschen Medien weiterhin kommentarlos, dass Washington den Krieg für notwendig halte, weil der Irak UN-Auflagen unzureichend befolge. Dass sich andere Länder, namentlich Israel, seit vielen Jahren Resolutionen der UN strikt widersetzen, ohne dass die USA deswegen einen Krieg gegen sie in Erwägung ziehen, kam keinem Kommentator in den Sinn. Es wurde immer wieder daran erinnert, dass der Irak in den 80er Jahren den Iran und Anfang der 90er Jahre Kuwait angegriffen habe, aber nur selten wurde hinzugefügt, dass der Irak beim Krieg gegen den Iran von den USA unterstützt und vor dem Angriff auf Kuwait in den Glauben versetzt worden war, die USA hätten nichts dagegen. Nirgendwo wurde in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass z.B. Marokko sein Nachbarland Westsahara überfallen hat und entgegen etlichen UN-Resolutionen weiterhin besetzt hält, ohne dass deswegen die USA jemals erwogen hätten, Marokko zu bombardieren. Und niemand erinnerte an die anhaltende Besetzung Nord-Zyperns durch das NATO-Mitglied Türkei. Niemand thematisierte im Zusammenhang mit den irakischen Abrüstungsverpflichtungen, dass sich z.B. Israel, Pakistan und Indien ungehindert zu Atommächten entwickeln konnten und dass sich die USA selber permanent den Abrüstungsverpflichtungen entziehen, die ihnen im Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen auferlegt sind. Auch die Weigerung der Bush-Administration, sich einem internationalen Vertrag zur Kontrolle biologischer Waffen zu unterwerfen, wurde nicht thematisiert, ebenso wenig die Tatsache, dass die USA in der Vergangenheit wiederholt Massenvernichtungsmittel eingesetzt haben, namentlich Dioxin („agent orange“), einen chemischen Kampfstoff, unter dem

Vietnam noch nach vielen Generationen leiden wird. Mit wenigen Ausnahmen akzeptierten die deutschen Medien, dass die USA die Vereinten Nationen erpreßten: Entweder ermächtigte der UN-Sicherheitsrat sie zu dem geplanten Krieg, oder sie würden ohne eine solche Ermächtigung Krieg führen. Die tonangebende Publizistik in Deutschland zeigte sich desinteressiert am Völkerrecht, das einen Angriffskrieg ächtet, desinteressiert auch am eigenen deutschen Verfassungsrecht, das jede Vorbereitungshandlung für einen Angriffskrieg ächtet und unter Strafe stellt. Die Hauptwahrheit blieb überall unausgesprochen: dass der Angriffskrieg ein monströses Verbrechen ist, dass diejenigen, die es verüben oder unterstützen, Verbrecher sind.

Stattdessen stellten fast alle Medien in Deutschland den geplanten Krieg monatelang permanent als unvermeidlich hin, als etwas Selbstverständliches, gegen das zu opponieren töricht wäre. Diese Darstellung erwies sich als besonders wirkungsvoll: Sie lähmte nicht nur die Widerstandsbereitschaft, sondern überhaupt jede politische Diskussion. Die Deutschen sollten an das Recht des Stärkeren, an eine neokolonialistische, imperialistische Politik gewöhnt werden.

Fast durchweg unkritisch wurden „Beweise“ dafür, dass dem Irak nicht zu trauen sei, verbreitet. Dass diese „Beweise“ einer nach dem anderen platzten, ging in der Berichterstattung zumeist unter. Anfang Februar 2003 rühmte US-Außenminister Colin Powell vor den Vereinten Nationen angebliche Beweise, die Großbritannien präsentiert hatte. Bald stellte sich heraus, dass die britische Regierung hauptsächlich aus einer zwölf Jahre alten Arbeit eines Studenten zitiert hatte. Diese Enthüllung – einer von vielen Beweisen dafür, dass den USA nicht zu trauen ist – ließ sich eigentlich nicht unterschlagen; in manchen Zeitungen und Rundfunksendungen wurde sie dann auch gebührend erwähnt, aber das auflagenstärkste Blatt der Bundesrepublik, *Bild*, enthielt sie seinen Lesern vor, und die *FAZ* machte daraus eine Kurzmeldung weit im Innern des Blattes, so kurz, dass die Blamage nicht deutlich wurde.

Diese ganze Art und Weise der Konfliktdarstellung in den deutschen Medien hatte den Effekt, das Opfer des geplanten Angriffs-

kriegs als Schuldigen erscheinen zu lassen, nicht den Angreifer. Dies war im Krieg gegen Jugoslawien erprobt. Beispiele aus der *FAZ* von damals: „Eines muss man Slobodan Milosevic lassen: Als skrupelloser Diktator und zynischer Taktiker ist er teuflisch gut. Er hat die NATO zu einem Krieg gezwungen, der ihm innenpolitisch nützt und seinem Gegner, dem Bündnis, schweren Schaden zufügen könnte.“ (7.4.1999) Oder (um jeden Gedanken an eine diplomatische Lösung abzuwehren): „Nun hat Milosevic die NATO-Streitmacht geradezu gezwungen, sein Land mit massiven Angriffswellen gegen militärische Ziele zu überziehen.“ Zum Angriffskrieg „gezwungen“ hatte Jugoslawien die NATO nach deren Logik, indem es deren Ultimaten nicht bis ins Letzte befolgt, sich ihr nicht freiwillig ausgeliefert hatte.

Alles in allem: Man sollte vorsichtshalber nichts glauben. In der Regel stimmt das Gegenteil. Es wird gelogen, gelogen, gelogen. Der verstorbene Frankfurter Kabarettist Matthias Beltz sagte während des Krieges gegen den Irak 1991, als zwar viel berichtet wurde, aber alles Wesentliche – Interessen, Widersprüche, Zusammenhänge, Hintergründe – dem Publikum verborgen blieb - : „Wir erfahren nichts, aber das stundenlang.“ Das galt auch während der publizistischen Vorbereitung des zweiten Krieges gegen den Irak. Und dennoch kam öffentliche Diskussion auf, die Einschüchterung des Friedenswillens gelang nicht auf Dauer. Das hatte mehrere Gründe: Im NATO-Bündnis traten Widersprüche zutage, nicht nur weil Schröder aus wahltaktischen Gründen als Kriegsgegner aufgetreten war. Auch in Frankreich regte sich Besorgnis, das irakische Öl könne ganz in US-amerikanische Verfügungsgewalt geraten, Europa könne zum bloßen Vasallen US-amerikanischer Alleinherrschaftsinteressen werden. Die USA antworteten immer dreister mit Beschimpfungen, wodurch sie einschüchtern wollten, teilweise aber auch Widerstand anstachelten. Die Friedensbewegung erstarkte und konnte von den Medien nicht mehr ignoriert werden. Dazu trugen auch die deutlichen Worte des Papstes bei. So kam auch in den Redaktionen Diskussion auf. Indem die Medien differenzierter berichten mussten, wurde eine breitere öffentliche Debatte möglich, die wiederum zu einer

pluralistischeren Berichterstattung führte – ein Wechselverhältnis. Der durchorganisierte, scheinbar unbezwingliche Macht- und Propagandaapparat ist, wie sich herausstellte, nicht ganz und gar immun gegen einfache Wahrheiten. Zur Belebung der öffentlichen Debatte trägt auch das Internet bei, das Informationen bietet, die den Propagandalügen widersprechen und sie unglaubwürdig machen. Daraus ergeben sich Wirkungsmöglichkeiten für die Friedensbewegung. Antikriegsgruppen wie auch einzelne Leser/-Hörer/Zuschauer können auf Redaktionen einwirken – mit der berechtigten Hoffnung, dass auch innerhalb der Medien Diskussion in Gang kommen kann. Schließlich ist nicht ein Journalist wie der andere, und nicht jeder Nachwuchsjournalist ist schon vom Zynismus, der Berufskrankheit der Journalisten, zerfressen. Gewerkschaftliche oder kirchliche Gruppen, Universitäten oder Volkshochschulen können Chefredakteure zu öffentlichen Debatten auffordern, um ihnen unwahre Berichterstattung vorzuhalten und Richtigstellungen zu verlangen. Der Medienkonsument weiß oft nicht und kann es nicht wissen, was wahr und was unwahr ist. Aber bei genauem Lesen und Zuhören stoßen wir auf Widersprüche; daraus ergeben sich Fragen, die wir stellen müssen. Wir dürfen den Medien auch nicht durchgehen lassen, wenn sie eine hetzerische Sprache sprechen, eine neokolonialistische Sprache (als wären andere Völker Wilde, Barbaren, die wir zu zivilisieren hätten) oder eine verharmlosende Sprache oder wenn sie einfach die Sprache der Militärs übernehmen (Beispiel aus dem ersten US-Krieg gegen den Irak: „The planes were servicing their targets“ – die Flugzeuge bedienen ihre Ziele).

Presseunternehmen verweisen bei Kritik von außen gern auf den Deutschen Presserat als Selbstkontrollinstanz, an die man sich mit Beschwerden wenden könne. Ich will von diesem Weg nicht abraten, aber einen Hinweis geben: Als zeitweiliger Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union und Mitglied des Deutschen Presserats habe ich mich vor Jahren um eine Ergänzung des sogenannten Pressekodex bemüht, der die Arbeitsgrundlage dieses paritätisch von Vertretern der Verleger und der Journalisten besetzten Gremiums ist. Der Kodex verbietet der Presse u.a. Veröffentlichungen, durch die religiöse und sittliche Gefühle

verletzt werden. Mein Ergänzungsvorschlag lautete, dass der Presse auch verboten werden soll, den Angriffskrieg zu propagieren (ganz im Sinne des Grundgesetzartikels 26). Ich konnte mich nicht durchsetzen. Die Selbstkontrolle der Presse funktioniert nicht und kann nicht funktionieren, solange es in den Medienkonzernen keine funktionierende Mitbestimmung geschweige denn Selbstbestimmung der Journalistinnen und Journalisten gibt. Keine Institution nimmt uns den Kampf um unser Grundrecht auf Information, auf freien Austausch von Argumenten ab. Wie entscheidend der Kampf um die Medien für den Kampf gegen den Krieg ist, weiß man seit langem – seit Lloyd George, den ich zitiert habe, erst recht seit Göring und Goebbels, die uns einige deutliche Äußerungen darüber hinterlassen haben. Inzwischen sind die Propaganda- und Totschweigetechniken ständig perfektioniert worden. Um so entschiedener muss der Kampf um die Medien geführt werden. Wie schwer dieser Kampf ist, gegen welche starken Interessen er geführt werden muss, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass der US-Fernsehsender *CNN*, bei dem auch deutsche Anstalten ihre Kriegsbilder bestellt haben, Millionenbeträge für die Werbeminuten kassieren kann, die er in seine Kriegsshow einblendet.

Dieser Kampf um die Medien ist immer auch ein Kampf um Demokratie. Nie ist demokratische Meinungs- und Willensbildung so notwendig wie bei Entscheidungen über Krieg und Frieden. Von diesem Anspruch dürfen wir uns schon gar nicht durch eine Kriegspropaganda abbringen lassen, die behauptet, der Angriffskrieg sei notwendig, um der anderen Seite die Demokratie zu beschern. Apropos: Die Wochenzeitung *Die Zeit* präsentierte ihren Lesern am 6. Februar 2003 denjenigen, der „nach dem Sturz des Diktators“ den Irak regieren könne: Der Führer der Monarchisten könne den Thron besteigen.